



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

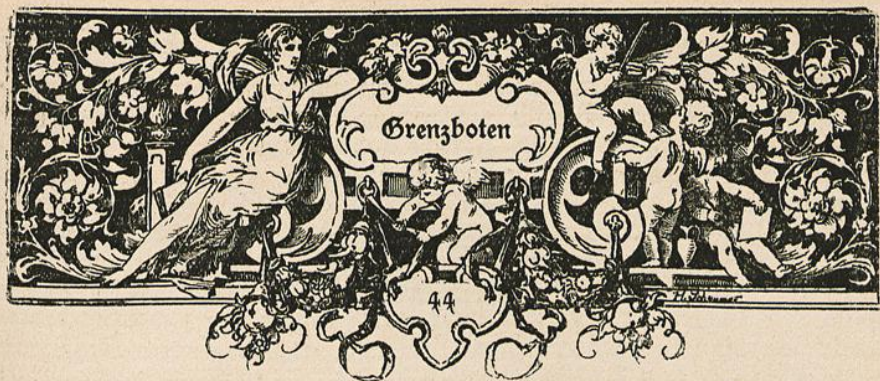
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Thimme, Friedrich: Der Würzburger Parteitag

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Der Würzburger Parteitag

Don Dr. Friedrich Thimme



om 14. bis zum 20. Oktober hat in Würzburg der Parteitag der Sozialdemokratie getagt. Rein äußerlich und zahlenmäßig betrachtet, bot er nicht das glänzende Bild früherer Versammlungen. Die Parteisplaltung hat große Lücken in die Organisation gerissen. So nahmen an dem Parteitage nur 364 Mitglieder teil. Vertreten waren 258 Kreise durch 282 Vertreter; außerdem beteiligten sich 56 Reichstagsabgeordnete. Stärker noch als durch die Parteisplaltung ist die Mitgliederzahl durch den Krieg dezimiert. Unter den Gegnern der Sozialdemokratie hat die offene Bekanntheit der Mitgliederzahl im Bericht des Parteivorstandes hellen Jubel ausgelöst: nun sei erwiesen, daß es mit der Sozialdemokratie reißend bergab gehe, und daß das Volk sich unter dem Einfluß des Krieges immer mehr von ihr abwende. Dem objektiven Historiker scheint zu solchem Jubel wenig Anlaß zu sein. Die sozialdemokratische Aufstellung rechnet nur die regelmässigen Zähler; die Genossen im Felde, die nach der Angabe Eberts, des Parteivorstehenden, mindestens 70 Prozent ausmachen — welche andere Partei kann sich rühmen, einen so hohen Prozentsatz von Vaterlandsverteidigern gestellt zu haben? —, sind also in der Aufstellung ausnahmslos nicht einbezogen. Es ist wenig wahrscheinlich, daß diese Genossen damit auch innerlich aus der Partei ausgeschieden und ihr geistig fremd geworden seien; im Gegenteil, es unterliegt keinem Zweifel, daß unter unseren Feldgrauen, an der Front wie in der Etappe die Zahl der Sozialdemokraten sich vervielfacht hat. Auch darf nicht außer acht bleiben, daß die Sozialdemokratie, eben weil sie die größte Partei ist und weil sie unter allen Parteien das größte Kontingent für die Verteidigung des Vaterlandes gestellt hat, im Kriege die größten Verlustziffern erleiden mußte. Wer angesichts solcher Tatsachen über den Rückgang der sozialdemokratischen Mitgliederzahl spotten kann, der beweist wenig Ehrfurcht vor dem, was uns am heiligsten sein sollte: vor dem Heldentod fürs Vaterland. Die hunderttausende von Sozialdemokraten, die ihre Treue für das Vaterland mit ihrem Blute besiegelt haben, werden der Partei nicht verloren sein. Sie sichern über ihren Tod hinaus für alle Zeiten ihre Partei vor dem Vorwurf der Vaterlandsfeindlichkeit; sie reihen für immer ihre Partei den nationalen Parteien ein, und sie bürgen zugleich dafür, daß sie diesen Ehrenplatz dauernd behaupten und festhalten wird.

Man wird den Würzburger Parteitag als ein erstes großes Exempel betrachten dürfen, ob nicht bloß die sozialdemokratischen Führer, sondern auch die hinter ihnen stehenden Massen sich als eine nationale, vaterländische Partei bekennen wollen. Das Exempel ist, mit Freuden darf es konstatiert werden, zugunsten der Sozialdemokratie ausgefallen. Der Parteitag bedeutet, um es vorweg zu sagen, ein bewußtes Bekenntnis zum nationalen Staate, zur Landesverteidigung, zur vollen Unversehrtheit des Reiches, zur positiven, praktischen Arbeit am Staate, neben und mit den anderen Parteien, und zur Mitverantwortung am Staate. Er bedeutet die bewußte Abkehr von der Katastrophentheorie, von der revolutionären Phrase, von der grauen Theorie der Parteischablone, ja von dem Buchstabenglauben an die heiligen Schriften von Marx und Engels. Von den Revolutionshoffnungen, von dem Zukunftsstaate war im Verlauf des Parteitages kaum noch mit einem Wort die Rede; man muß schon die Worte einzelner Redner förmlich pressen, um so etwas wie eine Drohung herauszubestillieren. Ausdrücklich hat es Scheidemann in seiner großen Rede über die Zukunftsaufgaben der Partei, die unbestritten den Höhepunkt des ganzen Parteitages bildet, verworfen, das Volk nach Art der früheren Taktik mit großen Versprechungen und Zukunftsverheißungen zu ködern. „Wir müssen sehr vorsichtig mit unseren Verheißungen sein und können dem Volk nicht den Himmel auf Erden versprechen. Aber mit gutem Gewissen und voller Überzeugung erklären wir, daß der Aufbau und die Erholung nach dem Kriege anders überhaupt nicht denkbar ist, als durch planvolle Anwendung sozialistischer Grundsätze und die methodische Durchbringung der ganzen Wirtschaft mit dem sozialistischen Prinzip. Wir dürfen nach dem Kriege nicht mehr Theoretiker und Agitatoren bleiben, sondern müssen Praktiker des Sozialismus werden. Und wir dürfen dabei nicht vergessen, daß der Sozialismus nicht Zweck, sondern nur Mittel zum Zwecke ist, um den materiellen und geistigen Wohlstand des Volkes zu heben. Deshalb müssen wir uns vor Prinzipienreiterei hüten und jede Maßregel nur daraufhin ansehen, nicht nur, ob sie sozialistisch, sondern ob sie auch praktisch ist. Durch verkehrte Anwendung unseres Prinzips und Anwendung an einer falschen Stelle können wir nur unser Prinzip selbst schädigen. Nutzen kann es zunächst nur da, wo es der breiten Masse greifbare Vorteile bietet. Wir können nach dem Kriege nicht rein sozialistisch wirtschaften und jeden Betrieb bis zum letzten Barbierladen verstaatlichen, aber Reich, Staat und Gemeinde, Gewerkschaft und Genossenschaft werden im Wirtschaftsleben nach dem Kriege eine ganz andere Rolle spielen als zuvor. Der Prozeß der Durchstaatlichung wird sich nachher viel rascher vollziehen. Welche Wirtschaftszweige das Reich übernehmen muß, und welche der privaten Initiative zu überlassen sind (die die Sozialdemokratie also keineswegs ausschalten will), kann nur von Fall zu Fall entschieden werden. Das Ziel ist: des Volkes Kraft auf die höchste Stufe der Produktivität zu heben, die vorhandenen Arbeitskräfte voll auszunutzen zum Wohle der Allgemeinheit . . . Zur Erfüllung aller dieser Aufgaben reicht die Kraft unserer Partei nicht aus, sie greift weit hinaus über den Rahmen unserer Parteiorganisation, die auf den politischen Kampf eingestellt ist. Sie ist nicht Parteisache, sondern Volksache, eine allgemeine nationale Angelegenheit. Wer in Zukunft seinem Volke dienen will, wird praktischer Sozialist sein müssen, ob er nun zu unserer sozialistischen Kampfgemeinschaft gehört oder nicht. Zu diesem praktischen Sozialismus rufe ich alle die auf, die vom Wesen der neuen Zeit einen Hauch verspürt haben.“

Wir haben mit Absicht diese Worte aus der Scheidemannschen Rede hierher gesetzt, weil sie das beste Kennwort für die neue Epoche der deutschen

Sozialdemokratie sind, die mit dem Würzburger Parteitag eingeleitet wird. Es ist eine Reformation großen Stiles, die sich just in dem Momente, wo wir das 400jährige Gedenken der kirchlichen Reformation feiern, vor unseren Augen vollzieht. Natürlich kann keine Rede davon sein, beide Reformationen mit einander vergleichen zu wollen. Es wäre eine Geschmacklosigkeit ohnegleichen, einen Scheidemann, so kraftvoll er sich auch an die Spitze der Reformation seiner Partei gestellt hat, mit einem Luther in Parallele stellen zu wollen. Die „Revolutionierung der Revolutionäre“, wie man den Erneuerungsprozeß innerhalb der Sozialdemokratie genannt hat, ist ja überhaupt nicht das Werk eines überragenden Geistes innerhalb der Sozialdemokratie, sondern sie hat sich, angebahnt schon längst durch vorreformatorische Bestrebungen in der Partei, seit dem Eintritt des Weltkrieges, dieses gewaltigsten aller Revolutionäre, in den Massen wie von selbst vollzogen. Das eben ist die Bedeutung des Würzburger Parteitages, daß er zeigt, wie völlig geschlossen die Sozialdemokratie in der bewußten Hinwendung zum nationalen Staate, in dem verantwortungsfreudigen Willen zu positiver Arbeit am Staate ist. Gegen das Zukunftsprogramm Scheidemanns hat sich auf dem Parteitage auch nicht der leiseste Widerspruch erhoben, im Gegenteil, es herrschte auf ihm, im großen betrachtet, eine Einmütigkeit, wie sie auch nicht einer der vielen früheren Parteitage gesehen hat. Gewiß konnte diese Einmütigkeit nur infolge der Spaltung der Partei in die Erscheinung treten, die die unabhängigen Sozialdemokraten vom Parteitage ausschloß. Aber man darf doch wohl die Zuversicht teilen, mit der der Parteitag die Frage betrachtet, wem die Zukunft gehöre, ob der auf dem Boden des 4. August stehenden Sozialdemokratie oder der abgesplitterten „Sette“ der Unabhängigen. Es ist gewiß die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß die schweren Zeitläufte, die so viel Unzufriedenheit und Verbitterung mit sich bringen, den Unabhängigen zeitweilig einen großen Zulauf auch über den Krieg hinaus sichern. Auf die Dauer kann doch nur ein positives Programm eine wirkliche Anziehungskraft ausüben. Wenn die Sozialdemokratie das positive Programm des Würzburger Parteitages festzuhalten vermag, so wird ihr auch die Zukunft gehören.

Nun wird der sozialdemokratische Parteitag freilich noch nicht alle überzeugen, daß es sich bei der sozialdemokratischen Reformation um eine wirkliche und wahre, in die Tiefe gehende Reformation handele. In der rechts stehenden Presse vor allem werden die stärksten Zweifel laut. Haben die Sozialdemokraten denn nicht ausdrücklich auf dem Parteitag erklärt, daß sie die Alten geblieben seien? Haben sie sich nicht mit aller Entschiedenheit von neuem zum proletarischen Klassenkampf bekannt? Haben sie nicht am Gedanken der Internationale festgehalten? Haben sie nicht die Bewilligung der Kriegskredite an Bedingungen geknüpft? Haben sie nicht schon jetzt der Reichsleitung den schärfsten Kampf angefangt?

Das sind gewiß zum Teil berechtigte Fragen, denen man an der Hand der Würzburger Verhandlungen auf den Grund zu gehen haben wird.

Wenig Gewicht wird von vornherein auf die Äußerungen mancher sozialdemokratischer Redner zu legen sein, daß sie die Alten geblieben seien und bleiben wollten. Das kann angesichts der Tatsache, daß keine unserer Parteien sich so mutig und so offen zu einer geistigen Neuorientierung bekannt hat, wie die Sozialdemokratie, ruhig auf sich gestellt bleiben. In Wahrheit handelt es sich auch hier um eine organische Entwicklung vom Alten zum Neuen. Die Sozialdemokraten sind gewiß in mancher Beziehung die Alten geblieben, in vieler Beziehung aber Neue geworden. Will man sie auf den Klassenkampf

festnageln, so sollte man nicht übersehen, daß unser Staatswesen, solange es nicht die volle Gleichberechtigung der Staatsbürger durchgeführt hat, solange es, wie Preußen, gar auf einem Klassenwahlrecht beruht, wirklich etwas von einem Klassenstaat an sich hat, der ganz von selbst und nicht etwa allein auf Seiten der Sozialdemokratie einen Klassenkampf entfesselt. Schließlich bedeutet der Klassenkampf nicht viel anderes, als daß sich innerhalb der verschiedenen Volksklassen und Schichten wirtschaftliche Kämpfe abspielen. War es denn nicht etwa ein Klassenkampf, wenn die deutsche Landwirtschaft sich im Bund der Landwirte zu einer Klassen- und Standesvertretung zusammenschloß, die mit aller Energie für die Lebensnotwendigkeiten der Landwirtschaft eintrat? Wird an solchem Klassenkampf kein Anstoß genommen, so bedeutet es doch eine Pharisäermoral, den Kampf der Arbeiterklasse um ihre eigenen Lebensbedingungen als etwas besonders Verwerfliches auszulegen, das die Sozialdemokratie sozusagen außerhalb des politischen Ehrentodeses stelle.

Auch der Vorwurf der Internationale kann zumindest die Sozialdemokratie nicht allein treffen; neben der „roten“ Internationale wird denn ja auch schon die „schwarze“ wieder als Kampfmittel hervorgesucht. Es sollte auch hier nicht übersehen werden, daß die Sozialdemokratie von der früheren Überspanntheit des Begriffes unter der Wucht der Ereignisse längst zurückgekommen ist. Charakteristisch für ihre heutige Auffassung sind die Worte des Abgeordneten David auf dem Würzburger Parteitage: „Der Gedanke an eine Internationale, die nicht auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker ruht und ihr Recht zur Selbstverteidigung nicht anerkennen will, ist undenkbar und die Vorstellung vollkommen utopisch, den Krieg durch eine internationale proletarische Weltrevolution zu beenden.“ — Nebenbei bemerkt, die Vorstellung, als ob eine deutsche Revolution auch nur entfernt möglich sei, spukt nicht einmal mehr in den Köpfen derjenigen Sozialisten, die noch jenseits der Unabhängigen stehen. Selbst ein so ausgeprägter Radikaler wie Julian Borchardt hat vor kurzem in einem eigenen Schriftchen bekannt, nur ein Tor oder ein gänzlich Ahnungsloser könne auf die Revolution hoffen. Auf dem Würzburger Parteitage ist die frühere Auffassung, daß die Menschheit einem nationslosen Weltstaat entgegengehe, völlig fallen gelassen. Auch die Illusionen wegen der Friedensbereitschaft unserer Gegner, vor allem der Ententesozialisten, sind dort begraben und eingefahrt; der Stockholmer Konferenz, auf die vordem so große Hoffnungen gesetzt wurden, ward nur noch mit einigen elegischen Tönen gedacht. Daß die Sozialdemokratie bei alledem das Ideal eines durch internationale Rechtsordnung gesicherten Friedens festhält, kann ihr schon darum nicht als ein nationales Unrecht ausgelegt werden, weil erst Herr von Bethmann Hollweg, dann in ihren letzten Kundgebungen auch Graf Czernin und Staatssekretär von Kühlmann sich auf den gleichen Boden gestellt haben. Die Friedensresolution vom 19. Juli endlich, die von vielen Rednern des Würzburger Parteitages als eine sozialdemokratische Großtat gerühmt wurde, wird man ihr um so weniger als ein Manko an vaterländischer Gesinnung ankreiden dürfen, als doch unsere Regierung selbst anerkannt hat, daß sich in dem Rahmen dieser Erklärung ein ehrenvoller, die Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes sichernder Friede ermöglichen lasse. Man kann ja nicht einmal sagen, daß das sozialdemokratische Prinzip keiner gewaltsamen Annexionen und Entschädigungen, das auch auf dem Parteitage scharf betont wurde, noch so sehr weit von der Stellungnahme der Reichsleitung entfernt wäre. Eine bedingungslose Rückgabe Belgiens hat auch der Parteitag nicht verlangt. Selbst ein schon mehr auf die Seite der Unabhängigen Sozialdemokratie neigender Abgeordneter wie Hoch hat offen an-

erkennt, daß nicht alle Grenzsteine auf dem alten Fleck bleiben könnten; eine Verständigung über Grenzregulierungen und Grenzsicherungen wird unsere Sozialdemokratie also nicht ablehnen. Die Unversehrtheit deutschen Bodens bleibt ihr dabei völlig selbstverständlich. Daß Elsaß-Lothringen nur im Rahmen des Deutschen Reiches ein autonomer Staat werden könne, ist auch nicht einem der Redner des Parteitages zweifelhaft gewesen.

Am schwersten unter allen Vorwürfen, die gegen den Würzburger Parteitag erhoben sind, würde vom nationalen Gesichtspunkt aus der wiegen, daß er auch nur daran gedacht habe, dem Vaterlande in diesem schwersten aller Existenzkämpfe die Mittel zur Fortführung des Kampfes zu verweigern. In Wahrheit hat nicht ein einziger der Teilnehmer des Parteitages dem Lande die Mittel im Existenzkampf entziehen wollen; auch der Antrag des Abgeordneten Hoch, der auf die Kreditverweigerung hinauslief, ging von der Voraussetzung aus, daß die unversehrte Existenz des Landes bereits gesichert sei. Das Gros der Redner des Parteitages stand klar und fest auf dem entgegengesetzten Boden, daß diese Existenz während des ganzen Krieges auch nicht einen Augenblick gesichert gewesen und heute noch mehr wie je gefährdet sei. Die Resolution Hoch wurde denn auch mit überwältigender Mehrheit mit 258 gegen 26 Stimmen abgelehnt, die entgegengesetzte Resolution Löbe, die die Haltung der Reichstagsfraktion hinsichtlich der Kriegspolitik und der Bewilligung der Kriegskredite ausdrücklich billigt, mit 262 gegen 14 Stimmen angenommen. Wenn die Resolution Löbe der Reichstagsfraktion ihre zukünftige Haltung in der Kreditbewilligungsfrage frei läßt, so liegt dem doch nicht die Absicht eines politischen Kampfmittels gegen die Regierung zugrunde, um sie zu Zugeständnissen auf anderen politischen Gebieten zu bewegen, sondern nur ein begreifliches Mißtrauen gegen die derzeitige Reichsleitung.

Von Anfang an hat die Sozialdemokratie auf dem Standpunkt gestanden, für den Verteidigungskampf des Vaterlandes alles zu bewilligen, aber nichts darüber hinaus. Von diesem Grundsatz aus müßte sie klar und folgerichtig eine weitere Kreditbewilligung ablehnen, wenn das Wort des Kaisers, daß uns nicht Eroberungsjucht treibe, durch die Reichsleitung über den Haufen gestoßen würde. Dessen fühlt sich aber die Sozialdemokratie bei Herrn Dr. Michaelis nicht durchaus sicher. Daß die Absicht darauf ausginge, Herrn Dr. Michaelis die Kriegskredite zu verweigern, um ihn so zur Abdankung zu zwingen, kann mindestens aus den Beschlüssen des Parteitages nicht gefolgert werden. Im „Vorwärts“ ist allerdings diese Tendenz mehrfach zur Sprache gekommen; ihr ist aber von anderen sozialdemokratischen Blättern entschieden widersprochen worden. So hieß es im „Hamburger Echo“ (23. Oktober), in dem von Anfang an die Politik des 4. August am klarsten und konsequentesten vertreten worden ist: „Der Gedanke, die Kreditverweigerung als Druckmittel zu benutzen, um einen unfähigen Reichskanzler zum Abtreten zu nötigen, damit er einem Fähigeren Platz mache, muß denen unausführbar erscheinen, die in der Sicherung unserer staatlichen Existenz die erste und unabweisbare Notwendigkeit erkennen.“ Uns scheint dieser Punkt allerdings von prinzipieller Bedeutung zu sein: unter keinen Umständen sollte die Frage der Verteidigung des Vaterlandes mit Personenfragen verknüpft werden. In diesem Augenblick könnte die Sozialdemokratie mit einer solchen Haltung, die ihre Bündnisfähigkeit mit den bürgerlichen Parteien ernstlich in Frage stellen müßte, ohnehin nichts erreichen; es wird ja noch eine gute Weile dauern, bis wieder neue Kredite zu bewilligen sind. Wozu also eine Politik, die lediglich den Gegnern Wasser auf die Mühle führt, und die letzten Endes mit den Richtlinien des Würzburger Parteitages selbst

unvereinbar ist? Das ist doch gerade die eigentliche Bedeutung des Parteitages, daß er den Gesichtspunkt des Praktischen, Positiven und Erreichbaren, der die Sozialdemokratie auf die Gemeinschaftsarbeit mit anderen Parteien hinweist, in den Vordergrund gestellt hat. Und diesen Gesichtspunkt sollte die Sozialdemokratie schon jetzt aus dem Auge lassen?

Unserer Auffassung nach ist es für die siegreiche Durchführung des Krieges von ausschlaggebender Bedeutung, daß die Sozialdemokratie bis zum Schlusse bei der Mehrheit bleibe, die die Kriegskredite bewilligt, und daß so die nationale Einheitsfront nach Möglichkeit gewahrt werde. Von diesem Standpunkt aus muß die dringende Mahnung an beide Teile, Regierung wie Sozialdemokratie, ergehen, an diese, daß sie den Bogen nicht überspanne, an jene, daß sie nicht in einer Politik fortfahre, die den Erfolg haben muß, der Sozialdemokratie eine sachliche Politik unmöglich zu machen. In weiten Kreisen ist das Gerücht verbreitet, als sei dies eben die geheime Absicht bei dem Vorstoß gegen die Unabhängige Sozialdemokratie gewesen. Möge die künftige Haltung der Reichsleitung aufs Klarste beweisen, daß ihr eine solche Tendenz, wie wir glauben, völlig fern gelegen hat. Möge Herr Dr. Michaelis, falls er die jetzige Regierungskrise überstehen sollte, feurige Kohlen auf dem Haupte der Sozialdemokratie sammeln, nicht weniger muß von ihm verlangt werden. Tut er das mit einer weitsichtigen und großzügigen Sozialpolitik und einem klaren Bekenntnis zu freiheitlichen Reformen, so könnte die Krise auch innerlich am ehesten noch verwunden werden.

